



**Hannes Androsch, Josef Taus (Hg.)**  
**Österreich – Wohin soll das Land gehen?**  
Überlegungen zur wirtschaftlichen Zukunft des Landes  
Wien – Graz: NWV Verlag 2015  
ISBN 978-3-7083-1031-2, 254 Seiten, broschiert, € 19,80

## Presstext

# Österreich – Wohin soll das Land gehen? Überlegungen zur wirtschaftlichen Zukunft des Landes

Die Sorge um Österreich vereint ein Autorenteam unterschiedlicher Provenienz mit divergierenden sozioökonomischen Auffassungen.

Die Herausgeber, **Hannes Androsch** und **Josef Taus**, als frühere Politiker wie als aktive Unternehmer auf das Wohl des Landes konzentriert, machen sich Gedanken um Österreich und seine wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung.

Androsch und Taus analysieren mit namhaften Experten aus Wirtschaft, Forschung und Politik die gegenwärtige und mögliche künftige Situation des Landes und unterbreiten Vorschläge, wie die Erfolgsgeschichte Österreichs prolongiert werden kann. Es geht darum aufzuholen und zur Spitze aufzuschließen anstatt zurückzufallen.

**Die Autorinnen und Autoren nehmen eine Analyse der aktuellen Situation vor und formulieren konkrete Vorschläge.**

**Karl Aiginger** sowie **Brigitte Ecker**, **Christian Keuschnigg** und **Klaus Weyerstraß** liefern in ihren Beiträgen die fundierten Analysen für die volkswirtschaftliche Lage des Landes und zeichnen die breiten Reformschübe nach, die angestoßen werden müssen.

**Rudolf Kaske** (AK) widmet sich den bevorstehenden Veränderungen der Arbeitswelt, die unter dem Begriff Industrie 4.0 subsumiert werden können und in den nächsten Jahrzehnten die Wirklichkeit prägen werden. Dabei werden die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen Strategien entwickeln, wie sie den fundamentalen Herausforderungen begegnen können.

**Christoph Leitl** (WKO) zeichnet die Erfolgsstory der österreichischen Wirtschaft nach, beschreibt das sich verschlechternde Umfeld für Österreichs Unternehmen und erhebt konkrete Forderungen, wie etwa das Setzen von gezielten Impulsen für Investitionen oder eine umfassende Entlastung durch eine Steuerreform, die ihren Namen verdient, und den Abbau bürokratischer Hürden.

**Peter Bofinger** beleuchtet das europäische Umfeld Österreichs, insbesondere die unterschiedlichen Ansätze, die zu Stabilisierung und erneutem Wachstum der Ökonomie führen.

**Manfred Drennig** verweist auf Probleme Europas, die trotz erheblicher Bedeutung nur wenig Aufmerksamkeit finden, wie zum Beispiel das gefürchtete Deflationsproblem bei Unternehmen.

Aus der Perspektive der Wissenschaften setzt sich **Georg Brasseur** mit der Bedeutung von Forschung und Entwicklung für den Wirtschaftsstandort Österreich auseinander, während **Wolfgang Lutz** den Aspekt der Bildung mit der demographischen Entwicklung in Verbindung setzt und Korrelationen zur Wirtschaft herstellt.

**Rainer Münz** analysiert Österreichs Außenpolitik und weist auf Tätigkeitsfelder hin, der sich das Land zuzuwenden hat.

**Klaudia Tanner** formuliert in ihrem Beitrag zur Agrarpolitik die Eckpunkte einer mit der Europäischen Union abgestimmten und nachhaltig den Standort Österreich sichernden Perspektive im landwirtschaftlichen Bereich.

**Josef Taus** setzt sich mit dem Finanzsystem und der Vermögensverteilung auseinander und unterbreitet konkret Vorschläge für eine vernünftige Reduktion von Regulierungsmaßnahmen, für die Gewährleistung der Krediterteilungsfähigkeit österreichischer Banken. Überdies fordert er den Aufbau eines „mittelständischen Kapitalmarktes“, die Angleichung der unterschiedlichen Vermögensverteilung durch ein Mitarbeiterbeteiligungsgesetz sowie die Verbesserung der Start-up-Regelungen für Unternehmensgründungen und die Erleichterung von Neugründungen in Form einer einmaligen Starthilfe.

**Hannes Androsch** analysiert in einem historischen Überblick die Notwendigkeit von soliden Staatsfinanzen für ein funktionierendes Gemeinwesen, um dann konkret auf die österreichische Entwicklung einzugehen, die ihn schlussfolgern lässt: „Österreich verbaut sich die Zukunft, wenn die öffentlichen Haushalte nicht in Ordnung gebracht, steuerliche Auswüchse nicht beschnitten und das steuerliche System insgesamt auf kein zukunftsstaugliches Fundament gestellt wird.“

Er stellt überdies die Forderung auf, dass Österreich wieder Zuversicht gewinnen müsse und in einem gemeinsamen Schulterschluss aller politischen Kräfte und mit einer vermehrten Einbindung der Öffentlichkeit die notwendigen Reformen angepackt werden.

Zum Abschluss stellt **Christian Keuschnigg** sieben Fragen an die Steuerreformer und kommt zu folgender Bewertung der von der Bundesregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen: „Die Steuerreform hat den Arbeitnehmern im Wesentlichen das Geld aus der kalten Progression der letzten Jahre zurückgegeben, mehr ist es nicht. Nach diesem notwendigen ersten Schritt gilt es nun, in den nächsten Jahren Spielraum auf der Ausgabenseite zu schaffen, um die überdurchschnittlich hohe Steuerquote spürbar abzusenken. Eine große Strukturreform hat nicht stattgefunden. Damit bleiben grundlegende Probleme des österreichischen Steuersystems weiter ungelöst.“

## Die Herausgeber

Dkfm. Dr. Hannes **ANDROSCH**, Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen a.D., ehem. Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, Gründer der AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Industrieller.

Dr. Josef **TAUS**, Staatssekretär a.D., ehem. Vorstandsvorsitzender der Girozentrale, früherer Bundesparteiobmann der ÖVP; langjähriger Abgeordneter zum Nationalrat, Unternehmer.

## Die Autorinnen und Autoren

Mag. Dr. Karl **AINGINGER**, Univ.-Prof. (WU Wien und Linz). Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Dkfm. Dr. Hannes **ANDROSCH**, Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen a.D., ehem. Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, Gründer der AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Industrieller.

Dr. Peter **BOFINGER**, Univ.-Prof. (Würzburg). U.a. Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und im Wissenschaftlichen Beirat des WIFO.

Dipl.-Ing. Dr. techn. Georg **BRASSEUR**, Univ.-Prof. (TU Graz). Mitglied des Präsidiums der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Dr. iur. Manfred **DRENNIG**, Gesellschafter und Geschäftsführer der Privatconsult Vermögensverwaltungsgesellschaft. Stellvertretender Obmann des Dr.-Karl-Kummer-Instituts.

Dr. Brigitte **ECKER**, Seit Juni 2013 Senior Scientist und seit Juli 2014 Leiterin der Gruppe Innovation, Bildung und Nachhaltigkeit am Institut für Höhere Studien in Wien.

Rudolf **KASKE**, Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien und der Bundesarbeitskammer.

Dr. Christian **KEUSCHNIGG**, Univ.-Prof. (St. Gallen). Bis Ende 2014 Direktor am Institut für Höhere Studien. Mitherausgeber der European Economic Review.

Dr. Christoph **LEITL**, Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes sowie der Wirtschaftskammer Österreich.

Mag. Dr. Wolfgang **LUTZ**, Univ.-Prof. (WU Wien). Wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Dr. Rainer **MÜNZ**, Univ.-Prof. (Central European University, Budapest; St. Gallen). Bis 2015 Leitung die Forschungsabteilung der Erste Group. Konsulent der Europäischen Kommission, der OECD und der Weltbank.

Mag. Klaudia **TANNER**, Direktorin des Niederösterreichischen Bauernbundes.

Dr. Josef **TAUS**, Staatssekretär a.D., ehem. Vorstandsvorsitzender der Girozentrale, früherer Bundesparteiobmann der ÖVP; langjähriger Abgeordneter zum Nationalrat, Unternehmer.

Dr. Klaus **WEYERSTRASS**, Priv.-Doz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien. Forschungsschwerpunkte: Makroökonomie und Konjunkturprognose.

## Das Inhaltsverzeichnis

Hannes ANDROSCH, Josef TAUS

Vorwort

Karl AIGINGER

Die Chancen Österreichs in der globalisierten Welt 2050

Peter BOFINGER

Österreich und die Europäische Währungsunion

Brigitte ECKER, Christian KEUSCHNIGG, Klaus WEYERSTRASS

Österreich im globalen Wettbewerb – Wachstum und Wohlfahrt durch Reformen

Rudolf KASKE

Wenn Maschinen miteinander reden. Die schöne neue Welt der Arbeit?

Christoph LEITL

Neue Kraft für Österreichs Wirtschaft durch Wandel und Reform

Manfred DRENNIG

Europa, die noch verborgenen Probleme

Wolfgang LUTZ

Demographie und Humankapital 2050 in Österreich, Europa und der Welt

Georg BRASSEUR

Die Bedeutung wissenschaftlicher Forschung für Österreich

Rainer MÜNZ

Überlegungen zur Außenpolitik

Klaudia TANNER

Agrarpolitik geht alle an

Josef TAUS

Finanzsystem und Vermögensverteilung

Hannes ANDROSCH

Solide Staatsfinanzen und die Kunst der Besteuerung

Christian KEUSCHNIGG

Sieben Fragen an die Steuerreformer

## Karl Aiginger

### „Österreich: Warnsignale für ein Spitzenland<sup>1</sup>“

Österreich hat nach einem erfolgreichen Aufholprozess Westeuropa und auch Deutschland im Pro-Kopf-Einkommen überholt und einen Vorsprung von 20% bzw. 10% herausgeholt. Innerhalb der EU liegt Österreich an zweiter Stelle bei dem Pro-Kopf-Einkommen, hinter Luxemburg und in einer Spitzengruppe mit Schweden, Dänemark und den Niederlanden. In den sechziger Jahren lag das Pro-Kopf-Einkommen in Österreich noch deutlich unter dem von Deutschland und jenem von Westeuropa. Österreich hat die niedrigste Arbeitslosenquote und die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit, wenn auch beide Quoten steigen und bei den gegebenen mittelfristigen Wirtschaftsaussichten nicht wieder sinken werden. Die Leistungsbilanz ist stark positiv, nachdem Österreich historisch immer ein großes Defizit im Warenhandel hatte. In der ökologischen Performance verliert Österreich in den letzten zehn Jahren deutlich. Staatsanteil und Abgaben sind höher, die Belastung des Faktors Arbeit erreicht einen europäischen Spitzenwert und ist arbeitsplatzvernichtend.

In jüngster Zeit leuchten Warnsignale auf, die erkennen lassen, dass die Spitzenposition Österreichs immer neu erarbeitet werden muss.

- Die Wachstumsraten Österreichs, die seit 2000 im Schnitt ein halbes Prozent höher waren als in Westeuropa (EU-15), liegen 2014 und 2015 unter jenem der Eurozone.
- Die Inflation, die immer eher niedriger war (und durch den EU-Beitritt auch nachhaltig gesenkt wurde), liegt 2014 und 2015 deutlich höher als in anderen Ländern. Hier sind gerade die öffentlich beeinflussten Preise- etwas Wasserversorgung und Abwasser- überdurchschnittlich gestiegen; statt die Effizienz zu heben werden die Preise erhöht.
- Die Arbeitslosenquote steigt und wird sich bei den zu erwartenden Wirtschaftsaussichten auf diesem höheren Niveau stabilisieren; die Beschäftigung steigt, aber die Unterschiede zwischen nachgefragten und angebotenen Qualifikationen werden größer.
- Von jeder Lohnerhöhung geht ein Prozent verloren: zur Hälfte durch die kalte Progression der Einkommenssteuer und zur Hälfte durch steigende administrative Preise, so dass es seit sieben Jahren keine Realloohnerhöhung pro Kopf nach Steuer gibt. Die Konsequenz der Stagnation der Realeinkommen pro Kopf ist, dass auch der private Konsum lahm.
- Die Exporte Österreichs wachsen weniger als die Exporte der anderen Industrieländer.
- Die Forschungsausgaben stagnieren relativ zur Wirtschaftsleistung, und Österreich kann die Strategie, zu einem führenden Innovationsstandort zu werden, nicht fortsetzen.
- Die Schulreformen gehen viel zu langsam und mit zu geringer Autonomie der Schulen vor sich. Leistungskontrollen werden herunter geredet, geheim gehalten und negative Resultate haben keine Konsequenzen.

<sup>1</sup> Titel des Buchbeitrags: Die Chancen Österreichs in der globalisierten Welt 2050

Niedrigeres Wachstum und höhere Inflation sind kein Erfolgsmodell. Die Abgabenbelastung ist in Österreich deutlich höher als in Westeuropa, besonders die Belastung des Faktors Arbeit. Die Verwaltung ist kompliziert, die Regulierungsdichte hoch. Dies sind zentrale Punkte für die Einschätzung eines Standortes, und Österreich sinkt in den internationalen Wettbewerbsrankings.

## **Eine Reformstrategie Österreich 2025 ist notwendig**

Österreich darf daher nicht länger selbstgefällig auf seine vergangenen Erfolge zurückblicken: "So wie bisher kann es nicht weitergehen", (Karl Aiginger: Pressestunde 22.03.2015), "Österreich braucht eine Reformpolitik". Die globalen Rahmenbedingungen ändern sich rasant. Ständig treten neue Konkurrenten auf den Plan. Bestehende Stärkefelder Europas - und auch jene Österreichs - drohen dabei zu erodieren. Die wichtigsten Reformen betreffen den Bildungsbereich, die Forschung, eine Rückkehr zur Vorreiterrolle bei Umwelt und erneuerbarer Energie.

Die *Steuerreform* war ein Signal der Fähigkeit Reformen durchzuführen, auch wenn sie nur eine Tarifreform bei der Einkommenssteuer war, und z.B auf eine ökologische Steuerung verzichtet hat. Sie wird aber die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs nur absichern, wenn sie durch andere Reformen ergänzt wird.

Im *Forschungsbereich* muss die Zielsetzung wieder aufgenommen werden, den Rückstand zu den Spitzenländern zu verringern.

Im *Bildungsbereich* müssen die Reformen von Kinderbetreuung bis zur Weiterbildung und die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze verstärkt werden.

Das WIFO hat vor zehn Jahren mit dem Weißbuch für Wachstum und Beschäftigung (Aiginger, 2006) einen strategischen Ansatz in der Wirtschaftspolitik konzipiert, von dem auch viele Vorschläge umgesetzt wurden. Seither ist die Globalisierung weiter fortgeschritten, neue technische Möglichkeiten ergeben sich, die Gesellschaft altert. Der Schuldenberg ist gestiegen, und die Finanzmärkte haben sich verändert. Es ist sinnvoll, in diesem Abstand von zehn Jahren einen neuen strategischen Ansatz zu entwickeln damit Österreich auch im zukünftigen Europa und in der globalisierten Wirtschaft weiter erfolgreich ist.

Die Entwicklung strategischer Vorschläge ist Kern eines neuen Forschungsprogramms mit dem Titel "Österreich 2025", welches das WIFO in den nächsten zwei Jahren durchführen wird. Es soll die Chancen Österreichs unter den neuen Rahmenbedingungen analysieren. Es soll auch die Erkenntnisse des großen europäischen Forschungsprogramm WWWforEurope-Projektes für Österreich nutzbar gemacht.

## Hannes Androsch

### „Solide Staatsfinanzen und die Kunst der Besteuerung“

Die Zivilisationsgeschichte der Menschen ist seit ihrer Sesshaftwerdung eine des engeren Zusammenlebens, der Arbeitsteilung und vielfältiger Gemeinschaftsleistungen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese auch zu finanzieren. Mit der Industrialisierung hat sich diese Entwicklung intensiviert und durch den Wohlfahrtsstaat beträchtlich erweitert. In der Folge sind den öffentlichen Einrichtungen zunehmend Aufgaben zuge wachsen. Auf diese Weise ist der heutige Fiskal- und der Steuerstaat entstanden. Dabei ging es schon immer und im Zuge dieser Entwicklung immer mehr darum, gesunde öffentliche Finanzen sicherzustellen und die dafür notwendige Mittelaufbringung, die im Wesentlichen über Steuern erfolgt, zu gewährleisten.

Steuern sind notwendige Zwangsbeiträge ohne unmittelbarer Gegenleistung. Umso wichtiger ist es, in der Bevölkerung das dafür notwendige Verständnis, also die Steuerakzeptanz, sicherzustellen. Ebenso aber auch, die Belastungsgrenzen nicht zu überschreiten, um keine wohlfahrtshemmende Wirkungen hervorzurufen und die Gefahr von zunehmenden Steuerwiderstand zu vermeiden, der im historischen Rückblick nicht nur einmal zu Steueraufstand oder einer Steuerrebellion mit unkalkulierbaren Konsequenzen geführt hat. Daher ist Steuerpolitik eine Kunst und die Geschichte der Zivilisation nicht zuletzt auch eine Geschichte der Besteuerung.

Finanzpolitisches Kernproblem Österreichs ist, dass die Staatsfinanzen in bedrohliche Schieflage geraten sind, wie die Höhe der weiterhin zunehmenden Staatsverschuldung belegt, und zukunfts wichtige Bereiche wie etwa Bildung, die Universitäten oder die Forschung ungenügend dotiert sind, obwohl die Steuerbelastung längst ein verträgliches Niveau überschritten hat.



**Univ.-Prof. Dr. Peter Bofinger**  
**„Österreich und die Europäische Währungsunion“**

Seit mehr als 16 Jahren bildet die Europäische Währungsunion den geld- und währungsrechtlichen Rahmen für die Wirtschaftspolitik in Österreich. Im Vergleich zu anderen kleinen Volkswirtschaften in Europa weist Österreich damit ein sehr hohes Maß an geld- und währungsrechtlicher Integration auf. Der Beitrag zeigt, dass Österreich mit seiner Mitgliedschaft in der Währungsunion die Tradition der „Hartwährungspolitik“ fortgesetzt hat, die in einer festen Bindung an die Deutsche Mark bestanden hat. Insgesamt ist Österreich mit dem Verzicht auf eine eigenständige Geld- und Währungspolitik gut gefahren. Das Wirtschaftswachstum war in den vergangenen Jahrzehnten im Durchschnitt höher als in der Schweiz, die sich überwiegend für einen währungsrechtlichen Alleingang entschieden hat. Die Inflationsrate in Österreich entwickelte sich auf längere Sicht stabiler und zielgerechter als in der Schweiz.

Die Situation Österreichs wird in diesem Beitrag vor dem größeren Hintergrund der Entwicklungen des Euroraums seit seiner Gründung im Jahr 1999 beschrieben. Dabei werden vier Phasen unterschieden. Die Anfangsjahre 1999 bis 2007 standen im Zeichen von Scheinerfolgen, die mit einer hohen Instabilität erkaufte wurden. Die Phase 2008 bis 2010 stand im Zeichen der Lehman-Krise und einer eher zögerlichen Reaktion der EZB. Die dritte Phase erstreckt sich von 2010 bis Mitte 2012. Sie ist geprägt von der sich zuspitzenden Lage auf dem europäischen Kapitalmärkten und zahlreichen Rettungsprogrammen, die als Folge der zuvor entstandenen Ungleichgewichte unausweichlich waren. Die vierte Phase setzte im Juli 2012 ein mit der eindrucksvollen Rettung des Euroraums durch Mario Draghi. Der Beitrag weist daraufhin, dass eine dauerhafte Stabilisierung des Euroraums durch die Geldpolitik allein nicht geleistet werden kann. Vielmehr sind kurzfristig stärkere fiskalische Wachstumsimpulse im Rahmen eines europäischen Investitionsprogramms erforderlich. Mittelfristig wird der Euroraum nur überleben können, wenn es gelingt, eine stärkere fiskalische Integration zu verwirklichen.

## Georg Brasseur

### „Die Bedeutung wissenschaftlicher Forschung für Österreich“

Österreich ist ein reiches Land, reich an klugen Köpfen, aber arm an Bodenschätzen. Damit müssen wir Wertschöpfung über Arbeit generieren und möglichst viel in unsere Köpfe investieren, um der österreichischen Wirtschaft hervorragend ausgebildetes Personal zur Verfügung stellen zu können. Diese klugen Köpfe werden an allen entscheidenden Stellen in der Wirtschaft und in der wissenschaftlichen Forschung benötigt, um Innovationen und daraus generierte Produkt hervorzubringen.

Länder wie Singapur und Südkorea zeigen uns, dass es möglich ist, den Familien im Land klar zu machen, dass eine qualitativ hochwertige und speziell in den MINT Fächern geförderte Ausbildung der Kinder und Jugendlichen die wirkungsvollste Strategie ist, den Wohlstand jeder Familie zu steigern, indem der gut ausgebildete Nachwuchs hilft, das Land zu einer führenden Technonation mit gutem Wirtschaftswachstum zu machen. Die an Schulen und Universitäten Lehrenden sollten die Besten der Besten ihres Faches sein, um den hohen Qualitätsansprüchen gerecht zu werden, zu denen sich ein verantwortungsvoller Staat bekennen sollte, wenn es um die Ausbildung seiner Jugend, also um die Zukunft Österreichs, geht.

Die Marktwirtschaft lebt vom Wachstum, von der Steigerung der Produktivität und diese wiederum wird durch zündende Ideen befeuert. Eine Wirtschaft, die wettbewerbsfähig bleiben will, braucht zur Standortsicherung den Output einer breit aufgestellten, wissenschaftlichen Spitzenforschung und herausragende öffentliche Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, denn Firmen siedeln sich bevorzugt in der Nähe dieser Einrichtungen an, um vor Ort die Möglichkeit zu Forschungsk Kooperationen zu haben und um permanent an fähiges Personal heranzukommen. Etwas Besseres könnte Österreich nicht passieren!

Nur ein herausragendes Ausbildungssystem, auf dem Wissenschaft und Spitzenforschung aufsetzen können, wird uns dem Ziel, den Wohlstand jeder Familie zu steigern und Österreich zu einer führenden Technonation mit gutem Wirtschaftswachstum zu machen, näher bringen.

## **Manfred Drennig**

### **„Europa, die noch verborgenen Probleme“**

„Drennig verweist in seinem Beitrag auf Probleme, die trotz erheblicher Bedeutung nur wenig Aufmerksamkeit finden. Dazu gehört vor allem, dass das gefürchtete Deflationsproblem bei Unternehmen und bei Konsumenten ziemlich unterschiedliche Effekte auslöst, die Investitionsschwäche der europäischen Unternehmen nicht nur kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem darstellt, sondern auch saldenmechanische Konsequenzen für die europäischen Budgets haben dürfte, und dass die Ertragslage der Banken trotz weitgehender Regulierung unter ziemlichem Druck geraten dürfte. Außerdem verweist er darauf, dass und warum sich die geostrategische Lage Europas verschlechtert, was für die künftige internationale Konkurrenzfähigkeit Europas weitreichende Folgen haben könnte.“

## **Brigitte Ecker, Christian Keuschnigg, Klaus Weyerstrass**

### **„Österreich im globalen Wettbewerb – Wachstum und Wohlfahrt durch Reformen“**

Ein Vergleich mit Deutschland und der Schweiz zeigt ein gutes Augenblicksbild, aber erhebliche Risiken für die künftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen, Wettbewerbsfähigkeit, Einkommen und Wachstum in Österreich. Um ein Szenario der Stagnation zu vermeiden und die Entwicklung in eine nachhaltig positive Richtung zu wenden, muss Österreich eine konsequente Wachstumspolitik betreiben, mehr Ertrag aus den Investitionen in Bildung und Grundlagenforschung erzielen und nachhaltige Reformen im Bereich der öffentlichen Finanzen hin zu einem investiven Staat auf den Weg bringen.

### **Christian Keuschnigg „Sieben Fragen an die Steuerreformer“**

Mit einem Volumen von ca. 5 Mrd. Euro gibt die Steuerreform den Arbeitnehmern das zurück, was ihnen die Inflation auf dem Wege der kalten Progression seit 2009 genommen hat. Weder ist damit eine Absenkung der Steuerquote im längerfristigen Durchschnitt gelungen, noch konnten notwendige Strukturreformen auf den Weg gebracht werden. Nach diesem notwendigen ersten Schritt gilt es, Spielraum auf der Ausgabenseite für eine spürbare Absenkung der überdurchschnittlich hohen Steuerquote zu schaffen, und eine grundlegende Reform für ein einfacheres, leistungsfreundlicheres und auch gerechteres Steuersystem in Österreich vorzubereiten.

## Rudolf Kaske

### **„Veränderungen in der Arbeitswelt aktiv mitgestalten“**

Die Industrie im 21. Jahrhundert wird - zumindest in den entwickelten Ökonomien - weniger durch rauchende Schloten und Massenproduktion als durch High Tech, qualifizierte ArbeitnehmerInnen und maßgeschneiderte „smarte“ Produkte gekennzeichnet sein. Die damit einhergehenden Umwälzungen werden von mancher Seite als vierte industrielle Revolution bezeichnet. Ob es sich tatsächlich um eine Revolution handelt oder „nur“ um eine radikale Innovation, wird wohl erst in ein paar Jahren entschieden werden. Tatsache ist: Das Internet und seine Möglichkeiten nehmen täglich mehr Einfluss auf das Leben und die Arbeitswelt.

AK Präsident Rudi Kaske fordert, dass die Belegschaft und ihre VertreterInnen von Anfang an in diese massiven Strukturveränderungen von Abläufen und Unternehmenskulturen eingebunden sind. Die Arbeitswelt der Zukunft wird jedenfalls geprägt sein von noch mehr Flexibilisierung der Beschäftigten, aber nicht unbedingt von mehr Spezialisierung. Beschäftigte brauchen dafür übergreifendes Fachwissen und einiges an Kompetenzen, die heute noch viel zu wenig vermittelt werden, bzw. sich mit den bisherigen Ansprüchen nicht ganz vereinbaren lassen.

„Auch in der Industrie 4.0 müssen die gewerkschaftlichen Prämissen gelten“, fordert Kaske, „die Produktivitätsfortschritte, die durch Industrie 4.0 erzielt werden, müssen gerecht aufgeteilt werden. Die Qualität der Arbeit und der Beschäftigung muss weiterhin an oberster Stelle stehen. Denn letztendlich müssen auch die noch so vernetzten und digitalisierten Systeme den Menschen nützen und nicht umgekehrt.“

## Christoph Leitl

### **„Neue Kraft für Österreichs Wirtschaft durch Wandel und Reform“**

Die jüngere Geschichte Österreichs ist die Geschichte einer beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolgsstory – ermöglicht insbesondere durch das Wirken einer starken und vorausschauenden Sozialpartnerschaft sowie durch die europäische Integration. Deutlich düsterer sind die kurz- und mittelfristigen Zukunftsaussichten. Zwar hat Österreich die Krise 2008/2009 deutlich besser gemeistert als viele andere vergleichbare Länder, muss nun aber mit einer anhaltenden Wachstumsschwäche kämpfen: Nicht nur hat Österreich den langjährigen Wachstumsvorsprung gegenüber EU und Eurozone eingebüßt, es wird in konjunktureller Hinsicht auch in den nächsten Jahren im Hintertreffen bleiben.

In einem Standort-Check inklusive einer detaillierten Stärken-Schwächen-Analyse unter Berücksichtigung der Einschätzungen internationaler Institutionen und Rankings hat die Wirtschaftskammer untersucht, wie Österreich im europäischen Vergleich dasteht und welchen Strukturveränderungen es sich stellen muss. Der Schwerpunkt ist dabei auf die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu legen. Notwendig sind gezielte Impulse für Investitionen, die rasch wirken und budgetschonend sind, eine umfassende Entlastung, Bürokratieabbau sowie Strukturreformen.

Ein derartiges Maßnahmenpaket ist der Schlüssel, um den Standort Österreich und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe zu stärken und damit die Basis für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung. Fest steht: Nur mit Wachstum kommt unser Land wieder aus der Krise, können die sozialen Systeme gesichert und kann Wohlstand auch für künftige Generationen gewährleistet werden.

## **Wolfgang Lutz**

### **„Demographie und Humankapital 2050 in Österreich, Europa und der Welt“**

In Österreich lebt derzeit rund ein Promille der Weltbevölkerung und die übrigen 99,9 Prozent verändern sich zum Teil rasant. China, das noch um 1960 eines der ärmsten Länder der Welt war, macht heute der USA als größte Wirtschaftsmacht ernsthaft Konkurrenz. Wenn es um die wirtschaftliche und politische Stellung in der Welt geht, dann kommt es nicht nur auf die Zahl der Köpfe und ihr Alter an, sondern auch darauf, was in den Köpfen drinnen ist. Es geht um die geistigen Fähigkeiten im weiteren Sinne, etwas, das man auch als Humankapital bezeichnet. In diesem Beitrag werden unterschiedliche Szenarien zur Entwicklung von Bevölkerung und Humankapital in Österreich, Europa und der Welt dargestellt.

Daraus wird die enorme Dynamik der Entwicklung außerhalb Europas dramatisch sichtbar. Besonders Ostasien hat aus einer weit abgeschlagenen Position rasch aufgeholt und uns jetzt schon bei vielen Indikatoren des Humankapitals überholt. In diesem internationalen Kontext ist das Weitermachen wie bisher keine gangbare Lösung, da Österreich dadurch von immer mehr Ländern überholt werden wird. Nur durch gezieltes Investment in moderne Bildung und Spitzenforschung wird Österreich seine Stellung halten und den Wohlstand der zukünftigen Generationen sichern können.

## **Rainer Münz**

### **„Überlegungen zur Außenpolitik“**

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte Österreich eine klar erkennbare Außenpolitik, mit definierten Zielen: Staatsvertrag, Schutz der deutschsprachigen Volksgruppe in Südtirol, aktive Neutralitätspolitik durch Entsendung von Blauhelm-Soldaten in Konfliktgebiete, Beitritt zur EU. In den letzten 15 Jahren war nicht mehr so klar erkennbar, wofür das Land nun außen- und europapolitisch steht. Sichtbar waren vor allem Nebenschauplätze wie der Kampf um weniger deutsche Studierende im Fach Medizin.

Österreich hat durchaus die Chance, außen- und europapolitischen Handlungsspielraum zu wiederzugewinnen. Relativ leicht machbar ist eine bessere Vernetzung mit den östlichen Nachbarländern - insbesondere mit den Visegrad-Ländern. Dazu braucht es bessere Verkehrsverbindungen (geeignete Bahn- und Straßenverbindungen mit Tschechien, der Slowakei und Slowenien bieten sich an), gemeinsame Projekte im Energiebereich (Pipelines und Stromtrassen), aber auch die Bereitschaft, sich politisch mit diesen Nachbarländern besser (oder überhaupt) abzustimmen.

Am Anfang der Neuorientierung sollte eine Vision stehen: Österreich sollte sich (stärker als bisher) wirtschaftlich und politisch als Teil Mitteleuropas verstehen, den diese Region wird aufgrund der bereits bestehenden ökonomischen Verflechtungen und der räumlichen Nähe über den Wohlstand unseres Landes mit entscheiden.



## **Klaudia Tanner**

### **„Agrarpolitik geht alle an“**

Unter dem Titel „Agrarpolitik geht alle an“ beschäftigt sich Mag. Klaudia Tanner, die Direktorin des Niederösterreichischen Bauernbundes, in ihrem Buchbeitrag zu „Österreich – Wohin soll das Land gehen“ mit dem Aspekt, dass Europa heute über einen leistungs- und weltweit wettbewerbsfähigen Agrarsektor verfügt, der nicht nur in der Lage ist, 500 Millionen europäische Bürger zu ernähren, sondern auch unter den – im internationalen Vergleich – höchsten Umwelt-, Sozial- und Tierschutzstandards produziert. Diese Entwicklung des Agrarbereiches ist allerdings kein Zufallsprodukt. Sie resultiert vielmehr aus der gesellschaftlichen Anerkennung der Leistungen unserer bäuerlichen Familienbetriebe und aus einem breiten länderübergreifenden politischen Konsens, wonach Ernährungssicherheit, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung keine handelbaren Güter eines globalisierten freien Marktes sein können.

In Österreich haben den Grundstein zu dieser Erkenntnis Staatsmänner wie Eduard Hartmann gelegt. Hartmann war die Vertiefung des Verständnisses zwischen Stadt und Land, zwischen Bauern und Städtern eines der wesentlichsten Anliegen – im Wissen, dass eine wirtschaftlich gesunde Landwirtschaft die beste Garantie für die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung bietet und die Bedeutung des ländlichen Raumes für die Allgemeinheit nicht unterschätzt werden darf.

Österreichs Bäuerinnen und Bauern haben aber seit dem EU-Betritt 1995 auch die Herausforderungen des gemeinsamen Binnenmarktes nicht nur angenommen, sondern erfolgreich bewältigt. Mit im Europa-Vergleich höchsten Produktionsstandards und einer konsequenten Qualitätsstrategie wurde nicht nur der österreichische Lebensmittel-Heimmarkt erfolgreich verteidigt, sondern es wurden auch die sich durch den Binnenmarkt ergebenden Exportchancen reichlich genützt. Betrug der Wert des österreichischen Agrar-Außenhandels 1995, im Jahr des EU-Beitritts, knapp 1,8 Milliarden Euro, kratzten die österreichischen Agrarexporte im Jahr 2014 mit einem Wert von mehr als 9,7 Milliarden Euro bereits an der 10-Milliarden-Euro-Marke.

Kennzahlen wie diese belegen, dass eine fundierte Agrarpolitik weit mehr ist als Klientelpolitik für die Bauern allein. Sie ist vielmehr wesentlicher Bestandteil der Gesamtpolitik über alle Sachbereiche hinweg und damit eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren sowie die gedeihliche und nachhaltige Entwicklung unseres gesamten Staatswesens. Daher ist es auch nicht nur Aufgabe der Agrarpolitik, geeignete wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zu schaffen sowie an allen politischen Prozessen aktiv zu partizipieren, sondern auch die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, ihren Wert und ihre Leistungen einer breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren.

## Josef Taus

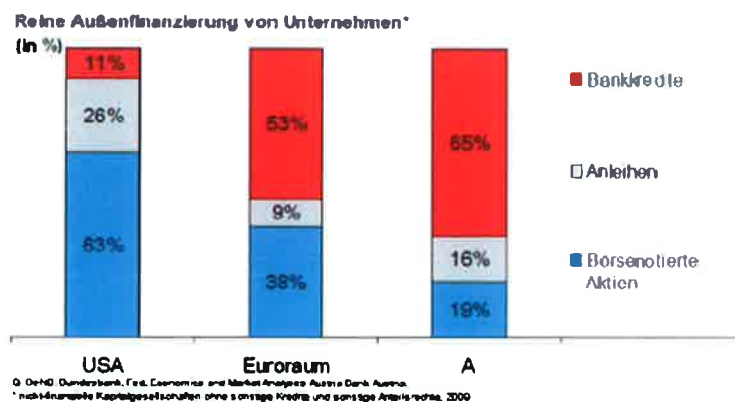
### „Finanzsysteme und Vermögensverteilung“

Das Finanzsystem, wie es heute existiert, hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sehr rasch entwickelt. Das Wirtschaftswachstum, vor allem in den entwickelten Industriestaaten, hat eine Vermögensbildung generiert, wie es die Menschheitsgeschichte vorher nicht kannte, und es ist zu einer Güterfülle aus dem realen Bereich der Wirtschaft gekommen, die man sich wahrscheinlich vor hundert Jahren noch nicht vorstellen konnte.

Nach einer Liberalisierungsphase die von der Finanzkrise 2006 beendet wurde brach dann eine internationale Regulierungswelle aus, die ihresgleichen sucht. Ein Beispiel, im Kodex des Österreichischen Rechts (herausgegeben LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & CoKG) sind 2014/15 zwei Bände Finanzmarktrecht publiziert worden. Beide Bände zusammen, sie enthalten im wesentlichen Gesetzes- und Verordnungstexte, haben 3.016 Seiten und es kommt immer noch etwas dazu. Basel III ist von einer Arbeitsgruppe in der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsverkehr) ausgearbeitet worden und ist das Gegenteil der Liberalisierungswelle.

Österreich hat aber ein spezielles Problem, dass viele der entwickelten Länder nicht haben. Die nachstehende Tabelle weist auf das Problem des österreichischen Finanzsystem hin, nämlich wir haben den mit Abstand höchsten Anteil an Bankfinanzierungen für den Mittelbedarf der „Realwirtschaft“, verglichen mit anderen Euro-Ländern. Das ist ein zentrales Problem für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung.

### Bankkredite & Unternehmensfinanzierung



Quelle: UniCredit Bank Austria AG: Auswirkungen von „Basel III“ und anderer Maßnahmen auf Österreichs Banken, 5. Juni 2011, S. 26

Folgende Maßnahmen wären für die österreichische Wirtschaft notwendig.

1. Es geht darum, dass die Wachstumschancen der österreichischen Wirtschaft durch Restriktionsmaßnahmen nach Basel III reduziert sein könnten. Es wäre daher im Licht der speziellen österreichischen Finanzierungssituation vernünftig, dass ein kleines Expertenteam, von sowohl wirtschaftlich als auch bankmässig erfahrenen Personen, die möglichen Auswirkungen von Basel III darstellt und Vorschläge für eine vernünftige Reduktion von Regulierungsmaßnahmen macht. Sollte es

notwendig sein, könnte Österreich eine Zeitspanne verlangen, um einen „mittelständischen Kapitalmarkt“ aufzubauen, ohne die Kreditversorgung der „Realwirtschaft“ zu reduzieren.

2. Der Aufbau eines „mittelständischen Kapitalmarktes“ sollte so rasch wie möglich begonnen werden. Wobei wesentlich ist, dass nicht ein staatliches Emissionsinstitut geschaffen wird, sondern, dass es eine Reihe von Emissionsinstituten geben sollte, die entweder neu gegründet werden oder auch von Banken aufgebaut werden. Dieser Aufbau sollte sich in einer Wettbewerbssituation abspielen. Mehr als maximal drei oder vier Institute werden es im kleinen österreichischen Markt ohnehin nicht sein. Österreich hat bislang zum Aufbau eines österreichischen Kapitalmarktes nur wenig unternommen, das ist ein Vorwurf, der schon Jahrzehnte lang gilt. Daher sollte eine staatliche Unterstützung für die Zeichner (Sparer) der Emissionen gegeben werden. Nachdem österreichischen Sparer Euro 100.000,-- Spareinlagen staatlich garantiert sind, kann man Emissionen auf den Mittelstandkapitalmarkt derart unterstützen, dass für Investoren bis 30 % des Betrages, den sie für eine Emission gezeichnet haben, staatlich garantiert sein soll bis zu einem Gesamthöchstgarantievolumen von Euro 100.000,--. Das sollte nicht ad infinitum gegeben werden. Fünf Jahre nach der Einführung sollte geprüft werden, ob sich der mittelständische Kapitalmarkt einigermaßen entwickelt. Wobei, ohne dass hierzu ein Zwang besteht, die Emissionen auf der Börse im „Dritten Markt“ gelistet werden könnte. Diese beiden Maßnahmen sollten eine mögliche Reduktion von Bankkrediten verhindern, eben aber auch Zeit für einen Aufbau eines mittelständischen Kapitalmarkts geben.
3. Der dritte Vorschlag hängt nicht unmittelbar mit den zwei vorherigen Vorschlägen zusammen. Hier geht es darum, dass versucht werden soll, in einem evolutionären Prozess die unterschiedliche Vermögensverteilung in etwa anzugleichen. Und zwar durch ein Mitarbeiterbeteiligungsgesetz, das Mitarbeitern an Emissionen der eigenen Firma beteiligt, in welcher Form immer. Hier wäre es vernünftig steuerlich zu unterstützen und zwar in dem Mitarbeiterbeteiligungen die KeSt auf 20 % reduziert wird und weiter für den Fall von Zinserträgen dies ebenfalls 20 % betragen sollte. Weiter wäre die weiter oben vorgeschlagene staatliche Garantie für Mitarbeiterbeteiligungen anzuwenden.
4. Die Start-up Regelungen sind zwar vorhanden, aber durchaus diskussionswürdig. Es gibt Staaten, die einfachere Regelungen haben. Sie könnte für Österreich für Neugründungen von Unternehmungen so aussehen, dass z.B. einmalige Gründungsbeihilfen zw. Euro 50.000,-- und Euro 100.000,-- gegeben werden, nicht rückzahlbar. Sollte die Gründung, was in vielen Fällen vorkommen wird, nicht erfolgreich sein, muss der Betrag nicht zurückgezahlt werden. Es geht um eine einmalige Starthilfe, die ohne großen Bürokratismus vergeben werden sollte. Eine zweite staatliche Unterstützung wäre dann nicht mehr möglich.